

# Zusammenfassung der politischen Entscheidungen der christlich-liberalen Bundesregierung im Jahr 2010

## Inhalt

Außen-, Europa-, Sicherheits-,Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik.....	1
Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	3
Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik .....	4
Innen- und Rechtspolitik .....	5
Infrastruktur- und Umweltpolitik.....	6
Innovations-, Gesellschafts- und Kulturpolitik .....	7

## Außen-, Europa-, Sicherheits-,Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik

- Verkürzung der Wehrpflicht auf 6 Monate (vor dem Beschluss zur Aussetzung)
- Aussetzung der Wehrpflicht: Ohne die FDP in der Regierung hätte es die Aussetzung der Wehrpflicht niemals gegeben: Das Bundeskabinett hat den Entwurf des sogenannten Wehrrechtsänderungsgesetzes 2011 beschlossen. Er sieht unter anderem die Aussetzung der Wehrpflicht, die Reduzierung der Streitkräfte und einen neuen freiwilligen Wehrdienst vor. (Eckpunktepapier vom 15.12.2010)
- Euro-Stabilisierung: Schaffung eines dauerhaften Präventions- und Schutzmechanismus zur Stabilisierung des Euro:
  - Euro-Rettungsschirm: Dank der Überzeugungsarbeit, die Außenminister Westerwelle im Vorfeld des Europäischen Rats leistete, konnte abgewendet werden, dass durch die Schaffung von „Eurobonds“ eine Haftungsgemeinschaft für die Schulden anderer Euroländer geschaffen wird
- Deutscher Sitz im UN Sicherheitsrat (zwei Jahre)
- Innere Einheit Europas gefördert: Um die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Partnern zu intensivieren, wurde das Weimarer Dreieck (Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit) wiederbelebt
- Außerdem wurden die deutsch-polnisch-russischen Gespräche mit Leben gefüllt und zu einem Impulsgeber der europäischen Politik gemacht
- Lateinamerika-Konzept: Gleichgesinnte Partner zur Mitgestaltung der Globalisierung: Unternehmerisches Engagement soll in der Region stärker flankiert werden. Beispielsweise beim Ausbau und der Diversifizierung des Energiesektors. Gleichzeitig will sich Deutschland für eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in den Ländern einsetzen
- Abrüstung:
  - Unterzeichnung des Start-II-Abkommens zwischen den USA und Russland

- NATO-Debatte über neues strategisches Konzept. Wir haben das Thema Abrüstung auf die politische Agenda der Nato gesetzt
- Außenministertreffen in Tallinn: Grundkonsens, dass NATO einen Beitrag zu atomarer Abrüstung leisten muss und nukleare Abschreckung auf "niedrigst möglichem Niveau" angestrebt werden muss. Einbeziehung aller Arten von Atomwaffen in Abrüstungsbemühungen
- Sub-strategischer Erfolg der Überprüfungskonferenz zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag: Nach Misserfolg der vorherigen Auflage 2005 ein umso wichtigeres Bekenntnis der internationalen Gemeinschaft zu Abrüstung, zu dem die Bundesregierung erheblich beigetragen hat
- Neues Afghanistan-Konzept. Erstmals ein Gesamtkonzept der Bundesregierung zu Afghanistan, das alle Aspekte (militärischer Schutz, ziviler Wiederaufbau, politische Lösung) einschließt und den Strategiewechsel der internationalen Staatengemeinschaft widerspiegelt
  - Stärkung des zivilen Ansatzes: Die Entwicklungshilfe für Afghanistan wird verdoppelt
  - Die Zahl der deutschen Ausbilder für die afghanischen Polizei- und Militärkräfte wird drastisch erhöht
  - Die Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung soll ab 2011 beginnen und bis 2014 vollständig erfolgt sein
  - Die Bundesregierung koordiniert Sicherheits-, Entwicklungs- und Außenpolitik im Ansatz der vernetzten Sicherheit. Nur durch ein Hand-in-Hand-Arbeiten der zivilen und militärischen Kräfte werden die Menschen in Afghanistan nicht nur ein Leben in „Freiheit vor Furcht“, sondern auch in „Freiheit vor Mangel“ führen können
- Strukturreform für eine wirkungsvollere technische Zusammenarbeit gestartet:
  - Fusion der drei bestehenden Institutionen beschlossen: Die „Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“ (GTZ), der „Deutsche Entwicklungsdienst“ (DED) und die „Internationale Weiterbildung und Entwicklung“ (InWEnt) vereinigen sich unter dem Rechtsdach der GIZ
  - „Know-how“ der drei Organisationen wird mit der neuen Gesellschaft effizienter eingesetzt werden
- Mehr Einsatz für Menschenrechte weltweit
  - Mehr Haushaltsmittel des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für die Einhaltung von Menschenrechten
  - Gewährung von Entwicklungshilfe stärker als bisher an die Einhaltung der Menschenrechte geknüpft. Beispielsweise konnte das BMZ in Uganda einen Gesetzentwurf, der Homosexualität unter Todesstrafe stellen wollte, verhindern, indem es die Budgethilfe an Bedingungen knüpfte. Deren Einhaltung wird nun alle sechs Monate überprüft, bevor die nächste Tranche gezahlt wird
- Entwicklungszusammenarbeit mit China neu definiert
  - Ende der klassischen Entwicklungszusammenarbeit mit der chinesischen Regierung in einem „Memorandum of Understanding“ besiegelt
  - Die gemeinsame Arbeit an globalen Problemen wie dem Klimawandel, die Unterstützung regionaler Kooperation und Ansätze für Dreieckskooperationen zwischen Deutschland, China und Entwicklungsländern steht jetzt im Vordergrund
- Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wurde gestärkt:
  - Eine Servicestelle (wirtschaftkontakt@bmz.bund.de) für die Zusammenarbeit mit mittelständischen Unternehmen im BMZ eingerichtet

- Entwicklungs-Scouts in die Wirtschaftsverbände entsendet, um Chancen für Investitionen in Entwicklungsländern aufzuzeigen
- Mit dem Programm "develoPPP.de" (Public Private Partnership) fördert das BMZ starke Allianzen zwischen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Schwerpunktthemen sind berufliche Bildung, Ausbildung und Qualifizierung, Agrobusiness und Biodiversität, Ressourcen- und Klimaschutz, Wasser und Abwasser sowie Energie

## Wirtschafts- und Finanzpolitik

- Wirtschaftswachstum des laufenden Jahres bei geschätzten 3,4 %. Genaue Zahl kommt im Januar.
- Prognose für 2011: 2,0 bis 2,3 %
- Ablehnung der Staatsbeihilfe im Fall Opel durch Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle
- 24 Milliarden Euro Entlastung von Bürgern und Unternehmen zum Jahresanfang
- Schrittweiser Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen (Deutschlandfonds) zum 31.12.2010 – gegen heftigen Widerstand
- Entlastungen von Unternehmen durch Änderungen der Unternehmensteuerreform seit dem 1. Januar 2010:
  - Entschärfung der steuerrechtlichen Vorschriften bei der Gewinnermittlung durch Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten.
  - Erbschaftsteuer durch eine mittelstandsfreundliche Regelung der Unternehmensnachfolge von Bürokratie und unnötigen Auflagen befreit.
- 750 Mio. Euro Sonderprogramm zur Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe (Grünlandmilchprogramm, Grünlandprämie > wichtiger Beitrag zum Klimaschutz)
- Entlastung für das Unterbringungsgewerbe (Anpassung an die europäischen Nachbarländer. Steuersatz von 19 auf 7 % gesenkt. Kosten etwa 1 Mrd. Bis September 5700 neue Jobs)
- Steuererhöhung von Biokraftstoffen gestoppt
- Einsetzung eines Kreditmediators
- Einführung einer allgemeinen Bankenabgabe ab 2011 (Erträge sollen in Stabilitätsfond fließen) sowie spezielles Pleiteverfahren für Großbanken
- Verbot von Leerverkäufen zur Stabilisierung der Finanzmärkte: Für mehr Stabilität an den Finanzmärkten sind Leerverkäufe mit deutschen Aktien, mit Staatsanleihen aus der Euro-Zone und ungedeckte Kreditausfallversicherungen aus Ausfallrisiken von Euro-Staaten seit Juli 2010 in Deutschland gesetzlich verboten.
- Regelungen zur Vergütung im Finanzdienstleistungs- und Versicherungssektor (muss auf langfristigen Erfolg ausgelegt sein)
- Haushaltssanierung – Senkung der Neuverschuldung um 80 Mrd. Euro (bis 2014). Nach Angaben des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) im Dezember dieses Jahres wird Deutschland ab 2014 dauerhaft Haushaltsüberschüsse erwirtschaften.
- Bürokratieabbau:
  - Stärkung des Normenkontrollrates: Der Nationale Normenkontrollrat ist ein unabhängiges Beratungs- und Kontrollorgan der Bundesregierung. Aufgabe der acht Mitglieder unter dem Vorsitz des ehemaligen Staatssekretär Johannes Ludewig ist es zu prüfen, welche Bürokratiekosten ein neues Gesetz verursacht und diesen Aufwand möglichst gering zu halten.

- Steuervereinfachung: höhere Werbungskosten-Pauschale, vorausgefüllte Steuererklärung, umfassende Bürokratie-Erleichterungen für den Mittelstand, Erleichterungen beim Kindergeld und bei der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten

## Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik

- Stabilisierung der Beiträge zur Sozialversicherung: Der Bundeshaushalt hielt daher im Jahr 2010 über 16 Milliarden Euro einmalige zusätzliche Finanzhilfen für die Sozialversicherungen bereit. Die gesetzlichen Krankenkassen erhielten 3,9 Milliarden. Die Bundesregierung stabilisierte damit gleichzeitig die Lohnnebenkosten und schützte Arbeitsplätze.
- Stärkung des Mittelstandes durch neue Kurzarbeiterregelung: Bei Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat die FDP durchgesetzt, dass Förderung stärker auf den Mittelstand zugeschnitten wurde.  
Auslaufen der teuren Konzernklausel, damit konnten Unternehmen mit mehreren Standorten mit einer vollen Erstattung ihrer Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit rechnen, wenn nur in mindestens einem Standort sechs Monate lang Kurzarbeit durchgeführt wurde.
- Verdreifachung des Schonvermögens bei Hartz IV von 250 auf 750 Euro pro Lebensjahr
- Nichtanrechnung von Ferienjobs auf Hartz IV
- Jobcenter-Reform: künftig bis 110 Optionskommunen möglich (Zuständigkeit bei Städten und Landkreisen); weiterhin Service für Arbeitssuchende aus einer Hand durch Zusammenwirken von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen; feste rechtliche Basis durch GG-Änderung
- Job-/Fortbildungsangebot für junge Menschen binnen 6 Wochen: jedem arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren muss innerhalb von 6 Wochen ein verpflichtendes Arbeits- oder Fortbildungsangebot gemacht werden. Nimmt er dieses nicht an, wird sein Regelsatz nach aktueller Rechtslage gekürzt.
- Hartz IV-Reform: Schaffung einer neuen Berechnungsgrundlage für die Regelsätze der Kinder und zugleich Erhöhung der Regelsätze von 359 auf 364 Euro. (z.Zt. im Vermittlungsausschuss 21.12.2010)
- Bildungsförderung: Für die ca. 1,7 Millionen Kinder, die Hartz-IV-Leistungen beziehen, werden pro Jahr 620 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt
- Regional gestaffelte Pauschalen für die Wohnkosten
- Gesundheitsreform: Einstieg in ein System des Wettbewerbs, mit mehr Vergleichbarkeit, Stabilität und Transparenz.
  - Neuordnung des Arzneimittelmarktes: Sieht vor, dass die Pharmaindustrie die Preise für patentgeschützte neue Medikamente mit den Kassen aushandeln muss.
  - Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung:
  - Die vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise mit Steuermitteln im Jahr 2009 erfolgte vorübergehende Absenkung des Beitragssatzes der Krankenkassen um 0,6 Prozentpunkte läuft zum Jahresende 2010 aus.
  - Arbeitgeberbeitrag wird auf der Höhe von 7,3 Prozent festgeschrieben
  - Unvermeidbare, über die Einnahmeentwicklung hinausgehende, Ausgabensteigerungen werden durch einkommensunabhängige Zusatzbeiträge der Mitglieder finanziert; übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag 2 Prozent des individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommens erfolgt ein Sozialausgleich.
  - Die Krankenkassen erhalten mit der Weiterentwicklung des Zusatzbeitrags wieder mehr Finanzautonomie.

## Innen- und Rechtspolitik

- Urteil zur Vorratsdatenspeicherung: Die Richter des Bundesverfassungsgerichtes sahen das bisherige Gesetz als verfassungswidrig an, da das anlasslose Speichern umfangreicher Daten von Nutzern elektronischer Kommunikationsdienste gegen Artikel 10 des Grundgesetzes verstößt
- Gleichstellung von Anwälten und Strafverteidigern (Gesetzesentwurf): einheitlicher Schutz vor staatlichen Ermittlungsverfahren (Aufhebung der vormaligen Unterscheidung zwischen Anwalt und Strafverteidiger)  
Gesetz für einen besseren Mandantenschutz  
Die freie und ungehinderte Kommunikation des Mandanten mit allen seinen Anwälten, nicht nur mit seinem Strafverteidiger, soll künftig von staatlicher Ausforschung ferngehalten werden. Rechtsanwälte und ihre Mandanten sind dadurch künftig umfassender vor staatlichen Überwachungsmaßnahmen geschützt
- Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren beschlossen (Gesetzesentwurf vom 17.08.2010): Ein betroffener Bürger kann künftig eine Entschädigungsklage gegen den Staat erheben und Ersatz für die Nachteile verlangen, die durch die Verletzung des Rechts auf angemessene Verfahrensdauer entstanden sind. Zuvor muss er aber das Gericht das nach seiner Ansicht zu langsam arbeitet, mit einer Rüge auf die Verzögerung hingewiesen haben. Dies gibt den Richtern die Möglichkeit, bei berechtigter Kritik Abhilfe zu schaffen
- Stärkung der Pressefreiheit – Schutz von Journalisten und Informanten:
  - Ergänzung des Paragraphen 353b des Strafgesetzbuches. Zukünftig wird ein neuer Absatz die Anwendung der „Beihilfe zum Geheimnisverrat“ ausschließen
  - Beschlagnahmungen bei Medienangehörigen durch eine Änderung der Strafprozessordnung erschwert
- Stärkung der Kinderrechte: Deutschland erkennt erstmals die UN-Kinderrechtskonventionen vollständig an: Flüchtlingskinder werden fortan auch in der Bundesrepublik erst ab 18 und nicht wie vorher ab 16 Jahren wie Erwachsene behandelt. Beim Schulbesuch gelten für Flüchtlingskinder die gleichen Rechte wie bei deutschen Kindern. Der Aufenthaltsstatus ist nicht ausschlaggebend dafür, dass minderjährige Jugendliche der Schule fernbleiben.
- Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften (Erbschaftssteuer und Grunderwerbsteuer)
- Reform der Sicherungsverwahrung: Abschaffung der nachträglichen Sicherungsverwahrung und die Ausweitung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung. Sicherungsverwahrung muss bereits im Urteil angekündigt werden. Wird künftig auf die schwersten Fälle (schweren Gewalttaten und Sexualstraftaten sowie bei Straftaten, die mit über zehn Jahren Haft geahndet werden) beschränkt -> Ausnahmecharakter.
- Arbeitnehmerdatenschutz: Es werden nur noch solche Arbeitnehmerdaten gesammelt, die zwingend erforderlich sind, um die Beantragung von Sozialleistungen für die Bürger zu vereinfachen
- Neuverhandlung des SWIFT-Abkommens mit den USA: Bankdaten der EU-Bürger dürfen nicht mehr ohne weiteres von US-Ermittlern eingesehen werden
- Ausbau der Integrationskurse

## Infrastruktur- und Umweltpolitik

- Umfassendes Energiekonzept: Erhebliche Förderung der erneuerbaren Energien, mittelfristige Sicherung des Energiebedarfes durch verlängerte Laufzeiten.
- CCS-Gesetz: Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Erforschung der CO<sub>2</sub>-Abscheidung mit Speicherung im Untergrund
- Mit der Breitbandstrategie sollen mittelständische Unternehmen und Bürger in Deutschland flächendeckend Zugang zum schnellen Internet erhalten
- Gründung der Nordsee-Offshore-Initiative aller EU-Nordseeanrainerstaaten auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums: Die Stromnetze sollen modernisiert und umgestaltet werden, so dass die Offshore-Stromerzeugung zu einem Meilenstein auf dem Weg in das regenerative Zeitalter werden kann
- Förderung Elektromobilität: Gründung einer gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität – Ziel: 1 Million Elektroautos bis 2020 in Deutschland
- Verlängerung und Ausweitung der Rußpartikelfilter-Förderung (Alte Regelung wäre zum 31.12.2009 ausgelaufen)
- Verhinderung der von Schwarz-Rot beschlossenen Steuererhöhung für Rein-Biokraftstoffe zum 01.01.2010: Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurde zum 01.01.2010 die Sondersteuer auf Rein-Biokraftstoffe auf dem Stand des Jahres 2009 eingefroren
- Förderung von Biogasanlage über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG): Rückwirkende Wiederaufnahme in Förderung durch EEG und damit Rücknahme der Position der schwarz-roten Vorgängerregierung
- Überförderung von Photovoltaikanlagen gestoppt. Wettbewerbshemmnis Übersubvention ausgeräumt, damit sich die effizienteste Technologie durchsetzen kann: Vergütung für eingespeisten Solarstrom ab dem 1. Juli 2010 bei Dachanlagen um 16 Prozent, bei Freiflächen um 15 Prozent gesenkt. Anlagen auf Ackerflächenerhalten erhalten keine Förderung mehr. Bereits bestehende Anlagen sind von der Kürzung nicht betroffen
- Energiepolitik für ganz Deutschland
  - Eine deutsche Rohstoffagentur wird aufgebaut
  - Das Energiekonzept weist den Weg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien mit klaren Orientierungen zu Klimaschutz, Energieeffizienz und EnergieMix. Der Kompromiss zur durchschnittlich 12jährigen Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken sorgt für Planungssicherheit und bezahlbaren Strom auch in Zukunft
- 40%-Ziel CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2020, 80-95% bis 2050
- Förderung von Öko-Heizungen
- Planbarkeit für Energie aus Biomasse
- Mehr Gebäudesanierung in 2010
- Förderung von Partikelfiltern in Diesel PKW

## Innovations-, Gesellschafts- und Kulturpolitik

- Investitionen in Forschung und Bildung - 12 Mrd. Euro Mehrausgaben bis 2013
- BAföG-Erhöhung (zum WS 2011 um 2 %; Höchstsatz dann bei 670 Euro im Monat)
- Nationales Stipendienprogramm (seit 01.08.2010 in Kraft); von den Hochschulen selbst verwaltet; Anreize bis 300 Euro für Spitzenleistungen (finanziert von Bund zusammen mit Stiftungen, Privatpersonen und Unternehmen)
- Bessere Anerkennung beruflicher Qualifikationen und Berufsabschlüsse aus dem Ausland (ab Frühjahr 2011 in Kraft)
- Stärkung von Forschung und Entwicklung (Validierungsförderung – technische Machbarkeit und wirtschaftliches Potential von Forschungsergebnissen)
- Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurde der erste Schritt zur angekündigten steuerlichen Entlastung umgesetzt. Das gilt insbesondere für Familien, die insgesamt um 4,6 Milliarden Euro entlastet wurden
- Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro auf mindestens 184 Euro zum 01.01.2010. Familien mit kleinen und mittleren Einkommen werden um 4,2 Milliarden Euro entlastet
- Erhöhung des Kinderfreibetrages um 1.000 Euro auf 7.008 Euro zum 01.01.2010. Familien werden dadurch um 400 Millionen Euro entlastet.
- Förderung frühkindlicher Bildung
- Die Erbschaftsteuerbelastung für Geschwister, Nichten und Neffen ist gesunken: Je nach Umfang der Erbschaft liegt der Steuertarif bei 15 bis 43 Prozent. Bisher waren es – wie bei Nichtverwandten – 30 bis 50 Prozent
- Vollständige Gleichstellung eingetragener Lebenspartner bei Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer (in Gesetzentwurf zum Jahressteuergesetz aufgenommen)
  - Im Erbschafts- und im Schenkungsfall gelte damit für Lebenspartner die günstigste Steuerklasse I
  - Durch die Änderung bei der Grunderwerbsteuer wird die Übertragung von Grundstücken zwischen Lebenspartnern steuerfrei
  - Gleiches gilt für den Grundstückserwerb aus dem Nachlass beim Tod eines der Lebenspartner
- Gesellschaftliches Engagement und Mitspracherecht gestärkt: Petitionen, die innerhalb von 2 Monaten mehr als 100.000 Fürsprecher finden, werden künftig im Bundestag und vor den Fachausschüssen beraten
- Stärkung des Verbraucherschutzes bei Telefonhotlines: Erst wenn der Kontakt mit einem Berater bei einer Telefonhotline hergestellt worden ist, sollen Kosten anfallen dürfen
- Führerschein ab 17: Begleitetes Fahren schon mit 17 Jahren